



Auszug aus dem substanziellen Protokoll 9. Ratssitzung vom 8. Juli 2026

402. 2026/305

Dringliches Postulat von Attila Kipfer (SVP) und Michele Romagnolo (SVP) vom 17.06.2026:

Rettung des «Imbiss Riviera» am Bellevue

Gemäss schriftlicher Mitteilung lehnt der Vorsteher des Finanzdepartements namens des Stadtrats die Entgegennahme des Dringlichen Postulats zur Prüfung ab.

***Michele Romagnolo (SVP)** begründet das Dringliche Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 250/2026): Heute spreche ich schon wieder und zu Recht über den «Imbiss Riviera» und die Familie Prati, die den Imbiss in zweiter Generation weiterführt. Wir sprechen auch darüber, wie glaubwürdig der Staat gegenüber seinen Bürgerinnen und Bürgern noch ist. Darum stelle ich dem Stadtrat eine einfache Frage: Wieso sollten plötzlich neue Regeln für einen Betrieb gelten, den die Stadt über 40 Jahre bewilligt und toleriert hat? Was ist eine Bewilligung der Stadt noch wert, wenn sie nach Jahrzehnten plötzlich nicht mehr zählt? Wo bleibt der Vertrauensschutz? Wo bleiben die Verhältnismässigkeit und Rechtsgleichheit? Und vor allem: Wo bleibt die Glaubwürdigkeit unseres Rechtsstaats? Der «Imbiss Riviera» ist mehr als eine Wurstbude. Er gehört seit über 40 Jahren zum Bellevue. Der Gründer ist seinen eigenen Weg gegangen, hat sich selbstständig gemacht und aus eigener Kraft einen Betrieb aufgebaut, den die Stadt bis heute bewilligt hat. Damit hat er Arbeitsplätze geschaffen. Heute wird der Betrieb in zweiter Generation geführt und beschäftigt 10 Mitarbeitende. Wenn der Betrieb wegen eines politischen Entscheids schliessen muss, verlieren diese ihre Arbeitsplätze und müssen sich bei der Arbeitslosenkasse melden. Am Schluss zahlt der Steuerzahler die Folgen dieses politischen Richtungswechsels des Stadtrats. Das ist Unternehmergeist, den wir eigentlich unterstützen und nicht zerstören sollten. Das zeigen alle überwiesenen Vorstösse und auch das vorliegende Postulat. Der Stadtrat ignoriert das alles. Anstatt sich an einen demokratischen Entscheid zu halten, schaltet er auf stur und deswegen soll der Betrieb verschwinden. In Ihrem Schreiben sagen Sie, dass der Bau nicht mehr den heutigen Vorschriften entspreche und verweisen auf das Amt für Abfall, Wasser, Energie und Luft (AWEL), den Gewässerschutz und die baurechtlichen Vorgaben. Wir nehmen das ernst, aber dann müssen wir auch unsere Verfassung ernst nehmen. Artikel 5 Absatz 2 der Bundesverfassung sagt klar, dass staatliches Handeln im öffentlichen Interesse liegen und verhältnismässig sein muss. Das heisst, der Staat muss immer zuerst das mildeste Mittel wählen. Wieso hat man nie ernsthaft geprüft, ob man den Imbiss sanieren kann? Wieso hat man dem*



Betreiber die Chance verwehrt, den Betrieb auf eigene Kosten an die heutigen Vorschriften anzupassen? Wieso hat man keine Übergangsfristen gewährt, bis die Renovationsarbeiten an der Brücke stattfinden? Wieso hat man gleich die härteste Massnahme der Schliessung gewählt? Das ist für uns nicht verhältnismässig. Artikel 9 der Bundesverfassung verpflichtet den Staat nach Treu und Glauben zu handeln. Aus dem Artikel hat das Bundesgericht den Vertrauensschutz entwickelt. Das heisst: Wenn die Behörden über Jahrzehnte Bewilligungen erteilen, Mietverträge verlängern, Gebühren kassieren, Investitionen ermöglichen, dann dürfen die Leute darauf vertrauen, dass sie eine Praxis nicht von heute auf morgen über Bord schmeissen. Der «Imbiss Riviera» wurde über 40 Jahre von der Stadt akzeptiert. Das AWEL hat im Jahr 2016 auf Antrag der Stadt eine Bewilligung bis ins Jahr 2025 erteilt. Was hat sich seit dem Jahr 2016 verändert? Gibt es ein neues Gesetz oder einen politischen Richtungswechsel? Wenn es nur Letzteres ist, muss man sich fragen, ob der Vertrauensschutz noch etwas wert ist. Artikel 8 der Bundesverfassung garantiert Rechtsgleichheit: Gleiche Fälle müssen gleichbehandelt werden. Wieso kann der Kiosk «Arnold» weitergeführt werden, der am gegenüberliegenden Ende desselben Seebeckens liegt? Die Lokalitäten liegen beide direkt am Seeufer. Die Distanz vom «Imbiss Riviera» zur Quaimauer beträgt nur etwa 5 Meter weniger als vom Kiosk «Arnold». Und doch haben Sie nur mit Letzterem einen neuen Vertrag abgeschlossen. Sind diese zwei Kioske nicht gleichgestellt? Der Stadtrat sagt selbst, dass am Bellevue auch zukünftig Essen verkauft werden soll. Wieso Food Trucks statt eines Traditionsbetriebs Essen verkaufen dürfen sollen, verstehe ich nicht. Der Stadtrat meint, dass sich der heutige Betrieb noch einmal bewerben könne. Das ist komisch. 40 Jahre lang haben sie alles gut gemacht – und jetzt soll es plötzlich nicht mehr so sein? Ist das der Dank an die Familie Prati für ihre ehrliche Arbeit? So geht man nicht mit ehrlichen Leuten um. Die Lösung ist, dass alle überwiesenen Vorstösse umgesetzt werden und der Stadtrat prüft, wie der «Imbiss Riviera» gerettet werden kann. Ich gehe noch einen Schritt weiter: Der Stadtrat meinte in seiner Antwort, dass es um Bellevue und Utoquai Veränderungen geben soll. Entsprechend sollte es kein Problem sein, eine vernünftige Übergangslösung zu finden. Lasst den «Imbiss Riviera» wenigstens bis zum Abschluss der Sanierung oder Neugestaltung der Brücke weiter bestehen. Wieso soll man den Betrieb schliessen, wenn die Entwicklung des Gebiets noch nicht abgeschlossen ist? Das macht keinen Sinn. Eine befristete Verlängerung würde niemandem schaden. Das entspräche der Bundesverfassung, indem das mildeste Mittel gewählt wird und der Vertrauensschutz berücksichtigt wird. Zeigen wir dem Zürcher Traditionsbetrieb Respekt.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Diese Begründung zum Postulat war unsachlich. Mehrfach habe ich gehört, die Sache habe mit der Brückensanierung zu tun. Das ist an den Haaren herbeigezogen. Darum möchte ich nicht darauf eingehen. Vieles haben wir schon einmal beschrieben, aber das möchte man einfach nicht zur Kenntnis nehmen. Ich bin erstaunt, dass die Partei, die bereits eine Vereinbarung unterzeichnet hat, nun versucht, diese über ein Postulat wieder umzustossen. Besonders krass ist die Behauptung, dass etwas von heute auf morgen entschieden worden sei. Das ist nicht wahr. Die Mietpartei hat schon vor 15 Jahren erfahren, dass der Platz befristet ist. Zur Wiederbewerbung: Wenn*



wir entgegen den Bewilligungsregelungen an diesem Standort einen fixen Stand im Sinn der Familie ausschreiben würden und sie bleiben könnte, bis der Wettbewerb durch ist, würde niemand den Wettbewerb ernst nehmen. Denn wenn andere Gastronomen sehen, dass der bisherige Betreiber in den Ständen, die er selbst gebaut hat, bleiben kann, ist klar, dass das Rennen nicht fair ist. Dann wird sich niemand bewerben. Die Wettbewerbskommission des Bundes sagte klar, dass es spätestens nach 15 Jahren für öffentlichen Grund wieder eine Ausschreibung braucht. Es gibt wenige Gründe, die eine Verlängerung rechtfertigen. Aber nach 40 Jahren am selben Standort kann man nicht so tun, als werde das Wettbewerbsrecht nicht krass verletzt. Es ist erschreckend, dass die SVP, die sonst immer von Wettbewerb spricht, das aushebeln will, wenn es um eine einzelne Familie geht. Die Familie Prati und die anderen Mietparteien auf dieser Seite der Brücke haben am 9. Dezember 2025 vor der Schlichtungsbehörde eine Vereinbarung unterzeichnet, die eine Beendigung per Ende September 2026 und die Räumung vorsieht. Es ist also klar, wie es weitergeht und darum erstaunt mich das Postulat. Es ist zur Kenntnis zu nehmen, dass es genau so laufen wird. Sie können das Postulat überweisen, aber der Stadtrat kann und will es nicht erfüllen, da es dem Wettbewerbsrecht widerspricht.

Weitere Wortmeldungen:

Përparim Avdili (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag: Ich bin ein wenig schockiert, mit welcher sozialen Kälte STR Daniel Leupi über die Existenz der Familie, die den Imbiss betreibt, argumentiert und sie fast ins Lächerliche zieht. Die FDP ist sprachlos, dass man trotz aller Bemühungen und klaren Signale, die der Gemeinderat gesendet hat, nicht bereit ist, eine Lösung für die Menschen zu finden, die von dieser Sache betroffen sind. Stattdessen versteckt man sich hinter formalistischen Argumenten. Ich kann es nicht nachvollziehen, wo man in der Stadt sonst oft bereit ist, Ausnahmen zu machen und Härtefälle zu berücksichtigen – oft zu Recht, aber bspw. im Fall von Besetzungen duldet man auch Rechtsverletzungen. Wenn es aber darum geht, einen kleinen Familienbetrieb zu unterstützen, ist man nicht mehr bereit, Ausnahmen zu machen. Es ist zum Verzweifeln. Ein anderer Punkt war, dass man eine Vereinbarung mit der Schlichtungsbehörde getroffen habe. Das haben wir zur Kenntnis genommen. Es ist aber gefährlich, wenn man mit der Pistole an der Brust etwas unterzeichnen muss. Die Spiesse waren eventuell nicht gleich lang. Fakt ist, dass sie den Betrieb gerne weiterführen möchten, die Bevölkerung das Angebot weiterhin nutzen will und die Stadt dort eine Ausschreibung plant. Darum fragen wir uns, warum man mit der Projektierung nicht vorwärtsmacht. Mit unserem Textänderungsantrag möchten wir dem Stadtrat helfen, diesen Prozess anzustossen und gleichzeitig die Betriebe laufen lassen zu können. Wir akzeptieren, dass es eine Ausschreibung braucht, darum fordern wir, dass der Stadtrat vorwärtsmacht.

Moritz Bögli (AL): Mehrere Fraktionen haben die Textänderung der FDP nicht erhalten. Das ist dem Ratsbetrieb nicht dienlich. Wenn wir keine Zeit haben, die Textänderung anzuschauen, können wir sie nicht unterstützen, da wir uns nicht damit auseinandersetzen konnten. Hier sehen wir Lokalpolitik vom Feinsten, sogar das Fernsehen wurde mal wieder aufgeboten – und das, obwohl die Sache unnötig ist. Nicht inhaltlich, da kann man



dafür oder dagegen sein, aber wir haben uns vor mehreren Monaten bereits dazu geäußert, als wir ein ganzes Vorstosspaket inklusive Motionen überwiesen haben. Wieso wir wieder darüber reden und andere Fraktionen Dringlichkeit gewähren, wenn der Stadtrat bereits dabei ist, die Vorstösse umzusetzen, ist für uns nicht ersichtlich. Der Vorstoss ist sinnlos und wird nichts am Handeln des Stadtrats ändern. Hier werden lediglich billige populistische Bonuspunkte gesammelt. Aus der Redundanz des Postulats werden wir es ablehnen, nicht weil wir der Sache negativ gegenüberstehen.

Reis Luzhnica (SP): Die SP hat zu diesem Thema erstmals vor zwei Jahren zusammen mit der FDP eine Schriftliche Anfrage gestellt und weitere Vorstösse eingereicht. Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass lokale Familienbetriebe gestärkt werden sollen. Darum haben wir das Vorstosspaket damals überwiesen. Doch nun sind wir in einer Situation, in der sich die beiden betroffenen Betriebe mit der Stadt auf eine Verlängerung geeinigt haben. Diesen Vorstoss können wir so nicht annehmen, auch wenn wir grosse Sympathien für Kleinbetriebe haben. Mit der kurzfristig eingereichten Textänderung der FDP haben wir das nochmals diskutiert und unsere Haltung überlegt. Diese hat sich nicht geändert: Langfristige Lösungen für solche Betriebe zu finden, ist wichtig, aber das muss nach dem geltenden und übergeordneten Recht geschehen. Trotz Sympathien enthalten wir uns.

Selina Frey (GLP): Auch die GLP hat sich noch einmal ausgiebig mit dem Thema auseinandergesetzt. Die Motion hatten wir damals unterstützt. Trotzdem möchten wir realistisch bleiben und die Erwartungen managen. Der Vorstoss wird nichts bringen. Nichtsdestotrotz verweisen wir darauf, dass wir für Fairness und die Ausschreibungsprozesse einstehen, doch es gibt Fälle, in denen individuelle Lösungen angebracht sind. Das war bspw. beim Theater am Hechtplatz möglich. Mit einer aktiven Enthaltung möchten wir ein Zeichen setzen und den Stadtrat auffordern, mildernde Massnahmen oder alternative Lösungen zu prüfen, wie man das Gewerbe und Familienbetriebe unterstützen kann.

Attila Kipfer (SVP) ist mit der Textänderung einverstanden: Die Textänderung nehmen wir an. STR Daniel Leupi sprach von einer Bewilligungspflicht für den Stand und von einem unterzeichneten Vertrag, wegen dem sie jetzt gehen müssten. Man hat sie unter Druck gesetzt und ihnen nur die Wahl zwischen sofortigem Wegzug oder einer Verlängerung mit Unterschrift gegeben. STR Daniel Leupi sprach über die Familie, als würden sie unrecht handeln. Moritz Bögli (AL) meinte abwertend, wir betrieben Lokalpolitik. Genau dafür sind wir da. Dann möchte ich ihn fragen, wo er Populismus erkannt hat. Das kann man nicht einfach ohne Begründung behaupten. Der Standort wurde dem «Imbiss Riviera» per September gekündigt – weil die Anlage keine Garderobe hat. Stattdessen erlaubt man fliegende Händler, die auch keine Garderobe haben. Hier kommen Fragezeichen auf. Wo ein Wille ist, ist auch ein Weg. Ausnahmen sind möglich. In der Schweiz haben wir eine soziale Marktwirtschaft, die die Kleinen unterstützt.

Benedikt Gerth (Die Mitte): Der Stadtrat ist nicht wirklich gewerbefreundlich, das ist nichts Neues. Uns ist der «Imbiss Riviera» nicht egal. Er ist ein exemplarischer Fall, der zeigt, dass kleine Betriebe nicht immer mit allen juristischen Vorgaben mithalten können



5 / 5

und es immer schwieriger wird, sich mit diesen weiterzuentwickeln. Man kann manchmal ein Auge zudrücken oder eine Gnadenfrist geben. Es gibt keine logische Erklärung des Stadtrats, wieso bei einem Betrieb die Regeln rigoros durchgesetzt werden und beim anderen nicht. Die Tatsache, dass die Parteien den Schlichtungsvorschlag unterschrieben haben, drückt keine freiwillige Zustimmung aus. In dieser Situation ergreift man jeden Strohalm. Es gibt genügend Fälle, in denen der Stadtrat durchaus Ausnahmen macht und Regelungen gefunden hat. Darum unterstützen wir den Vorstoss. Nur weil wir die Sache schon mehrmals diskutiert haben, macht sie das nicht weniger unterstützenswert.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

STR Daniel Leupi: *Ich bitte Sie, uns vorgängig über Textänderungen zu informieren.*

Angenommene Textänderung:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie der Imbiss Riviera am Bellevue sowie Bistro & Grill am See gerettet werden kann.

Der Stadtrat wird zudem aufgefordert, die Ausschreibung für die künftige Nutzung des Standorts unverzüglich einzuleiten, damit nach Ablauf der aktuellen Vertrags- bzw. Bewilligungsdauer ein nahtloser Übergang gewährleistet werden kann.

Bis zum rechtskräftigen Abschluss des Ausschreibungs- und Vergabeverfahrens sowie der Aufnahme des Betriebs durch eine allfällige Nachfolge soll der bisherige Betreiber den Betrieb ohne Unterbruch weiterführen können.

Das geänderte Dringliche Postulat wird mit 46 gegen 20 Stimmen (bei 48 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Im Namen des Gemeinderats

Präsidium

Sekretariat